

22.09.2020 um 14:20 | Gastkommentar von Robin Lumsden

DiePresse.com: <https://www.diepresse.com/5870969/neue-richterin-am-supreme-court-eine-bestellung-wichtiger-als-die-us-wahl-selbst>

Neue Richterin am Supreme Court: Eine Bestellung, wichtiger als die US-Wahl selbst



Nach dem Tod von Ruth Bader-Ginsburg: Wie Donald Trump unabhängig vom Wahlausgang die US-amerikanische Politik für Jahrzehnte prägen kann.

Als sich vergangenen Freitag die Nachricht vom Tod Ruth Bader-Ginsburgs verbreitete, stockte dem liberalen Teil der US-Gesellschaft der Atem. Eine der größten progressiven Ikonen ist nicht mehr, eine Kämpferin für Gleichbehandlung und Frauenrechte, eine intellektuelle Gigantin. Doch die Republikaner um Donald Trump und den republikanischen „Fraktionschef“ Mitch McConnell sahen ihre Chance gekommen: Nur 46 Tage vor der Präsidentschaftswahl bietet sich die Möglichkeit, den Supreme Court

für die nächsten Jahrzehnte mit einer ultrakonservativen Mehrheit auszustatten und von den Republikanern unangenehmen Themen wie der Covid-19 Pandemie, den Black-Lives-Matter-Protesten und den Waldbränden an der Westküste abzulenken. Diese Bestellung ist fast wichtiger für die USA als die Präsidentenwahl selbst.

Höchststrichter sind in den USA Superstars, stehen in der Reputation meist weit über dem – vor allem: dem aktuellen – Präsidenten. Den meisten politisch interessierten Amerikanern sind diese Richter, die auf Lebenszeit bestellt werden und nicht wie in Österreich mit 70 Jahren in Pension gehen müssen, auch bekannter als „normale“ Spitzenpolitiker.

Abweichende Meinungen der Richter werden veröffentlicht. Der Supreme Court entscheidet mit Mehrheit. Es gilt zwar die Mehrheitsentscheidung, die „dissenting opinions“ liefern meist weiter großen Diskussionsstoff und Material, um diese Entscheidungen zu bekämpfen. Spannend ist auch, dass sich die Richter nicht hinter einem Mehrheitsvotum verstecken können, sondern zu ihren Entscheidungen lebenslang öffentlich stehen müssen

Schlüsselrolle für McConnell

McConnell nimmt in der jetzigen Auseinandersetzung eine Schlüsselrolle ein. Wenn Trump die Nachfolgerin von Bader-Ginsburg noch vor der Wahl vorschlägt, muss diese anschließend mit einfacher Mehrheit im Senat bestätigt werden. Noch vor vier Jahren, als der konservative Richter Antonin Scalia acht Monate vor dem Ende der Amtszeit Barack Obamas verstarb, weigerte sich McConnell in seiner Rolle als Mehrheitsführer, Obamas Kandidat Merrick Garland auch nur vor dem Justizausschuss des Senats zu befragen: Erst der neue Präsident solle einen neuen Richter nominieren, auch die Richtung, in die sich der Supreme Court bewegen werde, solle indirekt von den Wählern entschieden werden. Heute ist von diesem Demokratieverständnis nichts mehr zu sehen – im Gegenteil: Bereits in seinem ersten Statement zum Ableben Bader-Ginsburgs unterstrich McConnell, dass Trumps Kandidatin im Senat zur Wahl stehen werde – obwohl Bader-Ginsburg nicht acht Monate, sondern 46 Tage vor der Wahl starb.

Die Demokraten sind naturgemäß entsetzt: McConnell handle exakt entgegen seinen eigenen Prinzipien. Demokratie werde als die Diktatur der Mehrheit betrachtet – gerade für die USA, die sich so gern und inbrünstig als „land of the free and home of the brave“ besingen, äußerst bedenklich. Die

Bedeutung des Supreme Courts ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Da es im immer stärker polarisierten Umfeld kaum noch möglich war, auf einer politischen Ebene konsensuale Entscheidungen zu treffen, wurden viele gesellschaftspolitische Weichenstellungen durch das Höchstgericht getroffen. So legalisierte der Supreme Court in den vergangenen Jahren unter anderem die Eheschließung für Homosexuelle, bestätigte die im Urteil Roe versus Wade garantierten Abtreibungsrechte oder schützte die sogenannten Dreamers (illegale Einwanderer, die bereits als Minderjährige in die USA gekommen waren) für zwei Jahre vor einer Abschiebung und ermöglichte ihnen so den Zugang zu einer Arbeitserlaubnis. All dies geschah durch einen Supreme Court, der nominell eine konservative Mehrheit hatte. Allerdings stimmten zuerst Anthony Kennedy und nach dessen Rücktritt der Vorsitzende des Gerichts, John Roberts, in diesen weitreichenden Entscheidungen mit der liberalen Minderheit.

Es wird wieder eine Frau

Das könnte sich nun ändern: Wird Ruth Bader-Ginsburg durch eine extrem konservative Richterin ersetzt (die Wahl einer Frau gilt als sicher), könnte Trump eine Kerntruppe seiner Fans befriedigen, jene ultrakonservativen Wählerschichten, ohne deren Unterstützung er es 2016 nicht ins Weiße Haus geschafft hätte. Sie gewann er durch sein Versprechen, diese liberalen Veränderungen im Justizbereich rückgängig zu machen. Geschehen sollte dies über die Nominierung ultrakonservativer Richter. Nachdem McConnell Trump mit der Blockierung Merrick Garlands bereits zum Amtsantritt eine Richternominierung geschenkt hatte, trat 2018 noch Anthony Kennedy in den Ruhestand, sodass der Präsident mit Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh bereits zwei Juristen seiner Wahl auf der Richterbank platzieren konnte. Da sowohl Gorsuch wie Kavanaugh erst Mitte 50 sind, hat Trump allein schon mit diesen beiden Nominierungen den Supreme Court für die nächsten drei Jahrzehnte geprägt.

Sollte Trump nun tatsächlich seine Kandidatin durch den Senat bringen, gäbe es am Supreme Court eine Sechs-zu-drei-Mehrheit für die Republikaner, die selbst Chief Justice Roberts als „Swing Vote“ nicht mehr brechen könnte. Als Favoritin gilt die 48-jährige Amy Barrett, die als starke Abtreibungsgegnerin bekannt ist. Ihre Bestätigung durch den Senat ist zwar nicht sicher, da zwei republikanische Senatorinnen, die im harten Rennen um ihre Wiederwahl auch auf progressive Stimmen angewiesen sind, bereits angekündigt haben, nur für eine vom neu gewählten Präsidenten nominierte Kandidatin zu stimmen. Interpretiert man diese Ankündigungen nicht als Gegenstimmen, sondern Enthaltungen, ist die Mehrheit der Republikaner im Senat mit 51:47 immer noch beachtlich. Demokratiepoltisch bedenklicher als ein sehr schnelles Bestätigungsverfahren vor der Wahl wäre es

allerdings, wenn der Senat in der Zeit zwischen der Wahl am 3. November und der Angelobung der neuen Senatorinnen und Senatoren Anfang Jänner Trumps Kandidatin bestätigten und somit ein potenziell abgewählter republikanischer Senat eine Entscheidung treffen würde, die die US Politik für Jahrzehnte prägen würde.

Die Demokraten können wenig gegen die Bestrebungen Trumps und McConnells unternehmen. Und für Joe Bidens Chancen auf einen Wahlsieg könnte das einen Dämpfer bedeuten: Konservative, aber Trump-skeptische Wähler könnten sich nun, da es um die Mehrheit am Supreme Court geht, vielleicht doch mit einer zweiten Amtsperiode Trumps abfinden. Sollte Biden die Wahl dennoch gewinnen, steht er einem ultrakonservativen Supreme Court gegenüber, der alle sozialpolitischen Maßnahmen au eben könnte. In diesem Fall bliebe einzig die „nukleare Option“ – eine Ausweitung der Anzahl der obersten Richter. Verfassungstechnisch wäre dies möglich, allerdings würde man damit einen gefährlichen Präzedenzfall setzen. Der letzte derartige Versuch vor knapp 80 Jahren blieb erfolglos – obwohl Präsident Franklin D. Roosevelt damals über eine Mehrheit im Senat verfügte.

Der Autor:

Dr. Robin Lumsden ist als Wirtschaftsanwalt sowohl in Österreich als auch in den USA zugelassen. Der Absolvent von drei Studien an US Universitäten (Berkeley und Stanford) gewann zuletzt ein 200 Millionen-Dollar-Verfahren für den Wiener Flughafen in New York gegen Trumps Impeachment-Anwalt Alan Dershowitz. Er ist Partner der Kanzlei Lumsden and Partners Attorneys at Law.

DiePresse.com: <https://www.diepresse.com/5870969/neue-richter-in-am-supreme-court-eine-bestellung-wichtiger-als-die-us-wahl-selbst>